

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Bundespräsident Christian Wulff

Bisheriger Ministerpräsident Niedersachsens zum Staatsoberhaupt gewählt

In dieser Woche trat die Bundesversammlung, die größte parlamentarische Versammlung der Bundesrepublik Deutschland, zum 14. Mal zusammen. Ihre einzige Aufgabe besteht darin, das Staatsoberhaupt zu wählen. Die Versammlung tritt in der Regel nur alle fünf Jahre im Reichstagsgebäude zusammen, es sei denn, die Amtszeit des Bundespräsidenten endet vorzeitig. Die Bundesversammlung wird vom Bundestagspräsidenten einberufen. Er bestimmt Ort und Zeit und ist auch für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Versammlung zuständig. Laut Grundgesetz muss die Bundesversammlung spätestens 30 Tage vor dem Ende der Amtszeit des Bundespräsidenten zusammenkommen.

Die Bundesversammlung besteht aus allen Bundestagsabgeordneten und der gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Sie umfasst in der 17. Wahlperiode also 1.244 Mitglieder (622 Bundestagsabgeordnete und 622 von den Landesparlamenten bestimmte Mitglieder). Wie viele Vertreter die einzelnen Länder in die Bundesversammlung entsenden dürfen, errechnet sich anhand ihrer Bevölkerungszahlen. Nach dem Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten am 31. Mai dieses Jahres mit sofortiger Wirkung war die Einberufung der Bundesversammlung durch den Bundestagspräsidenten nötig geworden.

In seiner Ansprache zur Eröffnung der Bundesversammlung erklärte der Bundestagspräsident Norbert Lammert dazu: "Diese Bundesversammlung findet statt, weil der Bundespräsident sein Amt niedergelegt hat, mit sofortiger Wirkung - ein in der Geschichte der Bundesrepublik, ja in der Demokratiegeschichte unseres Landes einmaliger Vorgang.", sagte Lammert. "Diese Entscheidung und ihre Gründe haben wir zu respektieren, auch wenn viele von uns sie noch immer nicht wirklich verstehen können."

Im Anschluss an die Eröffnungsrede Lammerts trat die Bundesversammlung in den ersten Wahlgang ein. Nach mehr als neunstündiger Dauer der 14. Bundesversammlung erhielt der von Union und FDP für das Amt des Bundespräsidenten nominierte Kandidat, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, im dritten Wahlgang 625 von 1.242 abgegebenen Stimmen und wurde damit zum zehnten Bundespräsidenten gewählt. Auf den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und späteren Beauftragten für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck entfielen in diesem Wahlgang 494 Stimmen. Es gab 121 Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig. Christian Wulff schaffte im dritten Wahlgang die absolute Mehrheit von mindestens 623 Stimmen.

Vor der Annahme der Wahl erklärte er seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten. Er nehme die Wahl "außerordentlich gerne und aus Überzeugung" an und freue sich auf die verantwortungsvolle Aufgabe, erklärte er.

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag gratulierte dem neuen Bundespräsidenten. Zur Wahl von Christian Wulff erklärte der Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl: "Wir gratulieren Christian Wulff sehr herzlich zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten. Ich bin mir sicher, dass er seine neue Aufgabe hervorragend erfüllen und ein erstklassiges Staatsoberhaupt sein wird, und wünsche ihm von Herzen alles Gute und Gottes Segen."

Selbstverständlich hätte es der Berliner Regierungskoalition gut getan, wenn Christian Wulff bereits im ersten Wahlgang gewählt worden wäre. Entscheidend ist aber das Ergebnis, das am Ende des Tages steht – und das heißt: Der Kandidat der Koalition hat sich durchgesetzt. Es ist jetzt die Aufgabe der Bundesregierung und der bürgerlichen Koalition, durch gute Arbeit in den wichtigen Sachfragen das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen.

Aufschwung trägt sich selbst

Vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunkturprognosen gab Bundesminister Rainer Brüderle an diesem Donnerstag eine Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Entwicklung ab. In der konjunkturellen Belebung in Deutschland mit sinkenden Arbeitslosenzahlen und wieder wachsenden Exporten sieht die Bundesregierung ein "ermutigendes Signal". Deutschland habe die besten Aussichten auf einen dauerhaften Aufschwung, bilanzierte der Bundeswirtschaftsminister. Auch der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs gab sich überzeugt, dass die Folgen der Krise von der Bundesregierung und der Koalition gut gemeistert wurden. Er zog in der Debatte nach der Regierungserklärung - ähnlich wie Brüderle - eine positive Bilanz der Krisenbewältigung. Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass sich in der zweiten Jahreshälfte der Aufschwung eher verstetigen würde, sagte Fuchs. Aus diesem Grund müsse nun "Schluss sein mit Keynes (Anm. d. Red: Keynesianische Wirtschaftspolitik/nachfrageorientierte Politik: der Staat greift steuernd mit Konjunkturprogrammen ein, um die Nachfrage zu erhöhen)", forderte er. Nun, nach dem Ende der Krise, sei es nötig, Ausgaben zu reduzieren. Dabei werde es sozialverträglich zugehen: Im Sozialetat werde unterdurchschnittlich gespart, sagte der Fraktionsvize: 55 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushalts seien Sozialausgaben, der entsprechende Anteil am Sparpaket der Bundesregierung betrage jedoch nur 30 Prozent. Ausdrücklich verteidigte er die Änderungen beim Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger als richtig, da es sich um eine Lohnersatzleistung handele.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion und Waiblinger Abgeordnete, Joachim Pfeiffer, wies darauf hin, dass der Aufschwung sich inzwischen selbst trage, nachdem die Wirtschaft zuvor mit den Konjunkturprogrammen stimuliert wurde. Pfeiffer kündigte weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung an, um den Mittelstand zu entlasten. In der Energiepolitik sprach er sich für eine sinnvolle Förderung der erneuerbaren Energien und eine substanzielle Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken aus.

In der vergangenen Woche hatten mehrere Forschungsinstitute ihre Prognosen für die deutsche Wirtschaft nach oben korrigiert. Dieser Einschätzung schloss sich jetzt auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin an. Nach jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung die Zahl der Arbeitslosen im Juni im Vergleich zum Vormonat

um 88.000 auf 3,153 Millionen gesunken.

Verbot von Leerverkäufen

An diesem Freitag verabschiedete der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung das „Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte“. Zukünftig werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien, ungedeckte Leerverkäufe von Staatsschuldtiteln der Eurozone und Kreditderivate (CDS) auf Staatsschuldtitel der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen, verboten.

CDU/CSU und FDP ziehen mit diesem Gesetz zügig Schlussfolgerungen aus der Finanz- und Eurokrise. Mit einer zusätzlichen erhöhten Markttransparenz durch niedrige Meldeschwellen wird der Druck auf rein spekulative Investoren erhöht. Versuche, Sand ins Getriebe der Finanzmärkte durch Leerverkäufe zu streuen, wird es in Zukunft nicht mehr geben können. Risiken aus Geschäften, die in Extremsituationen zu Turbulenzen beitragen, werden effektiv beschränkt. Mit dem Gesetz wird Deutschland zugleich Vorreiter in Europa und Vorbild für weitere internationale Maßnahmen. CDU/CSU und FDP beweisen wieder einmal ihre Handlungsfähigkeit im Bereich der Finanzmärkte.

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses

In dieser Woche legte der Petitionsausschuss seinen Bericht über Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag „Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 2009“ vor. Es sind knapp 19.000 Eingaben und Petitionen beim Deutschen Bundestag eingegangen, davon rund 6.700 auf elektronischem Wege. Einschließlich übergebener Unterschriftenlisten und elektronischer Mitzeichnungen bei öffentlichen Petitionen wandten sich 2009 knapp zwei Millionen Menschen an den Petitionsausschuss. Auf seiner Homepage registrierten sich mehr als 500.000 Personen, um Petitionen zu unterstützen, Beiträge im Diskussionsforum zu erstellen oder um Petitionen einzureichen. Mit rund 58.000 Diskussionsbeiträgen wurden 2009 mehr als doppelt so viele Beiträge verfasst wie in den drei vorangegangenen Jahren zusammen.

Zitat

«Niemand von uns steht unter Denkmalschutz. Weder die Parlamente noch die Regierungen, nicht einmal das Staatsoberhaupt. Kritik muss sein! »
(Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Eröffnungsansprache zur 14. Bundesversammlung am Mittwoch im Deutschen Bundestag)

In eigener Sache

02.07.2010 Rief und Schneider mit Bürgermeister Mück zu wichtigem Gespräch im Bundesverkehrsministerium zur Ortsumfahrung Unlingen - Die Biberacher Abgeordneten und Bürgermeister Richard Mück sprachen in Berlin mit Staatssekretär Andreas Scheuer über die B311

Beim heutigen Gespräch im Bundesverkehrsministerium zur Ortsumgehung der B311 in Unlingen, das auf Vermittlung des Bundestagsabgeordneten Josef Rief stattfand, wurde heute die Zukunft des Bauvorhabens mit dem zuständigen Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer erörtert. Der Biberacher CDU-Landtagsabgeordnete Peter Schneider und der Unlinger Bürgermeister Richard Mück waren für diesen Termin nach Berlin gekommen. Unterstützt wurden die Abgeordneten durch den Baden-Württemberg Abgeordnetenkollegen im Verkehrsausschuss Steffen Bilger und Mücks Stellvertreter Wolfgang Winkler.

Im Ministerium wurde das Projekt intensiv diskutiert. Beide Abgeordneten und Bürgermeister Mück wiesen auf die Bedeutung der Ortsumfahrung hin. Die Ortsdurchfahrt ist bisher nicht nur ein Unfallschwerpunkt, sondern belastet den Ortskern und die Bevölkerung sehr. Schneider betonte die immense Bedeutung einer gut ausgebauten B311, da in der Region die Wirtschaft stark im Wachsen begriffen sei und diese Entwicklung nur mit sehr guten Verkehrsbedingungen nachhaltig sein wird.

Neben allen Finanzierungsproblemen der öffentlichen Haushalte sicherte der Verkehrsstaatssekretär zu, dass Unlingen weiter ganz oben auf der Liste der Baden-Württemberger Vorhaben sehe. Die Perspektiven für Unlingen seien aber gut, da durch die relativ geringe Investitionssumme ein schnelles Vorziehen bei frei werdenden Mitteln immer möglich sei. Im Herbst wird das Bundesverkehrsministerium zusammen mit dem Land Baden-Württemberg den kurzfristigen Plan für 2011 beraten.

Josef Rief zog nach dem Gespräch eine positive Bilanz: „Ich bin zuversichtlich, dass wir in absehbarer Zeit eine Finanzierungszusage haben werden. Bei der aktuellen Finanzlage hat Unlingen durch die bereits abgeschlossene Planfeststellung und die übersichtliche Investitionssumme gute Chancen nach Möglichkeit bald gebaut zu werden.“

30.06.2010 Rief wählt Bundespräsidenten - Der Biberacher Bundestagsabgeordnete freut sich über Wahl des Unionskandidaten Christian Wulff

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief freut sich über die Wahl von Christian Wulff zum neuen Bundespräsidenten. Der Abgeordnete war zum ersten mal Mitglied einer Bundesversammlung und empfand die Aufgabe als große Ehre.

Rief zeigte sich sehr zufrieden mit der Wahl.: „Wir sehen, dass Demokratie funktioniert. Joachim Gauck ist ein achtbarer Gegenkandidat gewesen, auch ist Christian Wulff nicht der erste Unionskandidat, der im dritten Wahlgang gewählt wurde. Die Mehrheit hat sich am Ende durchgesetzt und den für unsere Zeit besseren Kandidaten gewählt.“

Der Abgeordnete resümiert, dass auch die Menschen in unserem Land sehen, dass der Unionskandidat nicht einfach durchgewunken wurde, sondern sich die Mitglieder der Bundesversammlung ausgiebig mit den Personen auseinandergesetzt hätten. Positiv zu vermerken ist, dass es selten ein so großes Interesse an der Politik gab wie an diesem Tag.

Wulff hatte sich nach steigenden Ergebnissen in den ersten beiden Wahlgängen im dritten Wahlgang mit absoluter Mehrheit durchgesetzt.



v.l.n.r.: Peter Schneider, MdL, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer, MdB, Steffen Bilger, MdB, Josef Rief, MdB, Wolfgang Winkler, Bürgermeister Richard Mück

